

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Gris Klingenstein, Berlin.
Telefon: Carl Schlegel 4122/4123



Redaktion für Druck und Verbreitung:
Berlin G 20 04, Tele. Wilhelms-Platz 6
Telegraphisch: G 20 04

Die Zeitung wird im Goldstempel
des Reichsdruckers in Berlin gedruckt. Die Druckkosten werden durch den Reichsdruckers
an den Reichsdruckers, dem die Kosten für den Druck der Zeitung zu Lasten des Reichs

Berlin, den 10. Dez. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Nazidämmerung.

Hitlers Aufstieg und Abstieg.

SPD. Wer erinnert sich nicht der zwerchfellerschütternden Kriegstaten des Gefreiten Adolf, die von den Braunen Häusern und der Nazipresse während des Präsidentschaftswahlkampfes dem deutschen Volke aufgetischt wurden? Jener Erzählung, wie Hitler sein Eisernes I. Klasse erwarb? An der Westfront, wo er "ganz allein" dreizehn Engländer samt Offizier "umzingelte" und als Gefangene im Stabsquartier ablieferte!

Es geschehen aber auch heute noch Zeichen und Wunder und so wiederholte sich in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend das Fronterlebnis. Diesmal aber umgekehrt. Durch die "Beurlaubung" von Gregor Strasser gezwungen, hatte sich Adolf seine Reichstagsfraktion kommen lassen, die ihm aufs neue den Treuschwur ablegte. Und da geschah es, nach dem offiziellen Nazibericht: "Die gesamte Fraktion umringte darauf spontan den Führer, und brachte ihm ausserordentliche, stürmische Ovationen dar". Im Berliner Naziblatt hat dieses Affentheater mit Balkenlettern den Titel erhalten: "Ueberwältigende Treuekundgebung - Einmütige Geschlossenheit!" Störend im Text und deshalb verschwiegen ist aber die Tatsache, dass der Pg. Dr. v. Leers, neben Goebbels der Hauptagitator und mächtigste Nazimann von Berlin, Herrn Hitler einen Absagebrief geschrieben und in "Urlaub" gegangen ist. Zu gleicher Zeit gibt "der Führer" bekannt, er habe selbst, anstelle von Gregor Strasser, die Leitung der politischen Organisation übernommen. Das zeigt, was von den Erklärungen und Dementis der Nazi-Partei zu halten ist. Der Abgang von Leers straft die "Einmütige Geschlossenheit" Lügen, und die Entfernung Gregor Strassers wirft ein Licht auf seinen "dreiwöchentlichen Urlaub" und hinter die Kulissen. Mag der Oberosaf noch tausend Treu- und Ergebenheitsschwüre befehlen, mag die Nazipresse noch soviel über "die Lügen der Journaille" zeteren, deshalb wird der Krach im Nazilager nicht geringer.

Was die enttäuschten und angewiderten Wähler seit dem 6. November bei den Wahlen begonnen haben, setzt sich mit motorischer Gewalt innerhalb der Nazi-Partei fort. Der um Hitler und in den Braunen Häusern versammelte Haufe von ausgehaltenen Pseudorevolutionären, Landsknechten, Kleinbürgern, Postenjägern und Lumpenproletariern beginnt sich zu zersetzen und auseinanderzulaufen. Sie hatten bewusst oder unbewusst den Auftrag und das Geld bekommen, die Organisationen der deutschen Arbeiterklasse, der Demokratie und der sozialistischen Arbeiterbewegung zu zerstören. Es ist ihnen nicht gelungen. Was sie zerschlagen konnten, die bürgerlichen Parteien und ihre Organisationen, war ohnehin durch die kapitalistische Krise bis in die Grundfesten erschüttert und in sozialer Auflösung. Die Hitlerpartei sollte den Marxismus vernichten. Jetzt erfährt dieser Interessentenhaufen und Antimarxismus die Wahrheit und Richtigkeit der marxistischen Lehre. Die Braunen Häuser wollten "das System" er-

schlagen, die Demokratie. Jetzt ist es dieses System, an das sie sich klammern wie der Schiffbrüchige an den Mast. Die Halder lobebären und Preisfechter der Diktatur beten zur Demokratie, opfern dreimal täglich an ihrem Altar und flehen zum Gott der Weimarer Verfassung, er möge sie erhalten und beschützen. An der marxistischen Front hat sich die Nazi-Bewegung zu Tode gestossen. Sie ist eine Partei unter den Parteien geworden, eine "Systempartei". Der Traum vom Dritten Reich ist aus. Diese für Nazi-Ohren so brutale Wahrheit ergibt Konsequenzen, die anzuerkennen die Ursache des Krachs und Streitiges ist, der mit dramatischen Gesten im Hitlerlager und zwischen dem Ferkelklügel begonnen hat.

Es wäre ein Irrtum, bei diesen Auseinandersetzungen, Absagen und "Beurlaubungen", Eidschwüren und gleichzeitigen Wortbrüchen zwischen linken und rechten Nazibonzen zu unterscheiden. Strasser galt als der "Sozialist und Revolutionär" im Nazilager. Von ihm stammt das Wort von der "antikapitalistischen Sehnsucht". Dieser Strasser musste gehen, weil er seinen Frieden mit dem Kapital, mit Schleicher und den feinen Leuten schliessen und in eine Koalitionsregierung eintreten wollte. Hitler selbst war auf dem Weg zu Schleicher bis ihn Göring, der Unversöhnliche, aus dem Zuge trommeln liess. Dieser Göring und Gegner von Strasser ist gleichzeitig Präsident des Reichstages und eifriger Hüter der Weimarer Verfassung. Linker Hand, rechter Hand, alles ist vertauscht und wahr allein: dass "der Führer" umringt und umzingelt ist, dass die in der Nazi-Partei eingesetzte Entwicklung nicht mehr aufzuhalten, zu beschwichtigen oder abzuleugnen ist, trotz aller Dementis, Schwüre und Beschwörungen.

Als Hauptgrund seiner Absage an Hitler hat v. Leers angegeben, er habe nunmehr "den untrüglichen Beweis erhalten, dass die Partei mit sehr hohen Geldsummen von dem Kölner Schwerindustriellen Otto Wolff finanziert wird". Welch ein Unschuldslamm und Biedermann, dieser brave Leers! Er hat nie vorher erfahren, woher Hitler monatlich seine Millionen Goldmark nahm, um die SA zu besolden und zu kleiden; woher die Millionen für die Braunen Häuser kamen, die ungezählten Millionen für die Autos, für die Flugblätter, für die Wahlkämpfe und für die Luxushotels! Nie erfahren, dass Hitler den Grossindustriellen in Essen Vorträge hielt und von ihnen Schecks einkassierte; nie erfahren von den Spenden der Hohenzollern und Fürstenhäusern; nie erfahren von den Summen die die Grossagrarien spendeten, die Inhaber der Konzerne und der Banken. Dieselbe Partei, die sich von dem Kapital, den Fürsten und Junkern aushalten lässt und sich als sozialistische Arbeiterpartei ausgibt!

Die Geschichte ist zugleich ein unerbittliches Gericht. Im Falle der Hitlerpartei konnte sie derart schnell arbeiten, weil ein solches Sammelstadium von Lügen und Volksbetrug und sozialer Gegensätze beim ersten harten prall auseinanderfliegen musste. Der Stoss ist erfolgt, die Wirkung beginnt. Jetzt gilt es für uns, die von der Hitlerbewegung abströmenden Massen nicht in Lethargie und Resignation versinken zu lassen.

SPD. Prag, 10. Dezember (Eig. Draht)

Den Koalitionsparteien des tschechischen Landtages ist es nach vielen Mühen gelungen, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen. Das Defizit von einer Milliarde Tschechenkronen wird durch weitere Budgetabstriche, Erhöhung der Steuern und Abgaben sowie durch Herabsetzung der Staatsangestelltenbezüge ausgeglichen. Die geplante Kopfsteuer und Fleisch- und Biersteuer wurden fallengelassen. Der Staatsvoranschlag beträgt rund 19 Milliarden Tschechenkronen.

SPD. Der Reichsrat, der am Donnerstag wieder zusammentritt, wird in dieser Sitzung auch zu den letzten Reichstagsbeschlüssen über Amnestie, Stellvertretergesetz für den Reichspräsidenten und Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Wirtschaftsnotverordnung Stellung nehmen.

SPD. München, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die bayerischen Nazis hatten im Landtag den Antrag gestellt, das Gesetz über den bayerischen Staatsgerichtshof so abzuändern, dass das Laienelement aus diesem obersten bayerischen Gericht für Verfassungsbeschwerden und Verfassungstreitigkeiten sowie für Ministeranklagen vollkommen ausgeschaltet würde. In der gegenwärtigen Zusammensetzung des bayerischen Staatsgerichtshofes verfügen die Laienrichter, die von der Volksvertretung gewählt werden, über die Mehrheit. Bei der Beratung des hakenkreuzlerischen Antrages im Verfassungsausschuss fiel allgemein auf, dass das Justizministerium, im Gegensatz zur Gesamtregierung, die Nazis unterstütze. Diese Einstellung der Justizverwaltung kam überraschend, denn noch in diesem Frühjahr vertrat Dr. Gürtner als bayerischer Justizminister im Landtag die gegenteilige Auffassung. Diese Sinnesänderung ist der erste Vorbote für die schwarz-braune Koalition und den kommenden nationalsozialistischen Justizminister Dr. Siebert, den Oberbürgermeister der Stadt Lindau, auf den sich die hohe Ministerialbürokratie der Justizverwaltung bereits eingestellt hat.

SPD. Der Reichskanzler wird am Donnerstag oder Freitag über alle deutsche Sender sprechen um das Programm seiner Regierung bekanntzugeben.

Die Einzelheiten dieses Programms stehen bisher noch nicht fest, weil die Chefbesprechungen des Kabinetts, in denen sie festgelegt werden sollen, erst Anfang der kommenden Woche beginnen. Trotzdem glaubt ein Teil der Regierungspresse über den Inhalt des Programms bereits nähere Mitteilungen machen zu können. Danach soll der Reichskanzler vor allem eine starke Auflockerung der Sondergesetzgebung beabsichtigen. Angeblich wird die Presse- und Terrornotverordnung gemildert und die Terrornotverordnung durch die Beseitigung der Sondergerichte abgebaut. Das Republikschutzgesetz, das mit dem 31. Dezember abläuft, soll bis auf einige Paragraphen fallen. Man plant den Schutz der Staatsfarben und der Reichsfarben bestehen zu lassen. Ausserdem will der Reichskanzler nach der ihm nahestehenden Presse in dem Regierungsprogramm noch gewisse Massnahmen zur Winterhilfe ankündigen.

Wie gesagt, handelt es sich hier nur um Einzelheiten des Regierungsprogramms, die an unserem Urteil über die Schleicher-Regierung nicht das geringste ändern. Entscheidend für die Beurteilung von Programmen ist schliesslich auch, wer sie durchführt!

SPD. Stuttgart, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte zwei SA-Leute im Alter von 16 und 22 Jahren zu je einem Jahr Zuchthaus. Sie gehörten zu einer zwanzig Mann starken Bande, die in der Nacht zum 6. November drei Reichsbannerleute überfallen und schwer verletzt hatte.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags trat am Sonnabend zusammen, um die Anträge zur Winterhilfe zu beraten. Während von den Nationalsozialisten eine allgemein gehaltene Entschliessung vorgelegt wurde, wonach es der Regierung überlassen bleiben sollte, eine "angemessene" Winterbeihilfe zu gewähren, hatten Sozialdemokraten und Kommunisten konkrete Vorschläge für die unentgeltliche Belieferung mit Brot, Kohle usw. gemacht.

Abg. Luise Schroeder (Soz) gab in der Begründung ein Bild von der wachsenden Not, die immer weitere Kreise erfasst. Die Folgen der Verarmung zeigten sich jetzt auch in den Kreisen der Gewerbetreibenden. Die Rednerin forderte auch eine Änderung der Notverordnung vom 19. Oktober, bei der die Wohlfahrtserwerbslosen, die Alleinstehenden und die Empfänger kommunaler Zusatzunterstützungen ausgeschaltet wurden. - Der deutschnationale Abg. Schmidt wandte sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. - Der Regierungsvertreter Ministerialdirektor Krohn gab einen Überblick über die bisherigen Massnahmen zum verbilligten Bezug von Lebensmitteln und verwies ausserdem auf die eingeleitete allgemeine Winterhilfe. Karawan (Nazi) versuchte die Verschwiegenheit seines Antrages mit der Bemerkung zu rechtfertigen, dass der Bedarf der Erwerbslosen an den verschiedenen Orten auch verschieden gelagert sei. Im übrigen forderte er, dass den Bauern und Gewerbetreibenden der Gegenwert für ihre Lieferungen auf die Steuern angerechnet werde. Rädcl begründete den kommunistischen Antrag.

Nachdem die Abgeordneten Aufhäuser und Spliedt nochmals verlangt hatten, einen bestimmten Willen des Ausschusses zu äussern und diese dringende Hilfsaktion nicht dem Ermessen der Regierung zu überlassen, wurde der sozialdemokratische Antrag mit einigen von der bürgerlichen Mehrheit (Zentrum bis Nazi) beschlossenen Abschwächungen zur Grundlage des Ausschussbeschlusses genommen. Danach wird die Regierung aufgefordert, für alle Arten von Empfängern öffentlicher Unterstützungen und Renten eine zusätzliche Winterhilfe zu schaffen, deren Durchführung den Gemeinden übertragen wird. Die Winterhilfe besteht in unentgeltlicher Belieferung mit solchen Naturalien und Kleidungsstücken, mit denen je nach den örtlichen Verhältnissen der Notlage am besten gesteuert werden kann. Eine Verminderung der Geldunterstützung darf nicht eintreten. Die Mittel stellt das Reich den Gemeinden zur Verfügung. Es ist auch vorgesehen, dass diesmal die Alleinstehenden nicht ausgeschlossen werden dürfen.

Der Beschluss des Ausschusses erfolgte in der Endabstimmung einstimmig. Die Vorschläge zur finanziellen Deckung dieser Hilfsaktion wurden dem Haushaltsausschuss überwiesen, der am Montag zusammentritt und endgültig entscheidet. Die sozialdemokratische Entschliessung auf Vervollständigung des Personenkreises in der Verordnung vom 19. Oktober wurde gleichfalls angenommen.

SPD. Schwerin, 10. Dezember (Eig. Dr.)

In der mecklenburgischen Stadt Teterow wurde der bisher flüchtige SS-Mann Wittenburg verhaftet. Er steht unter dem dringenden Verdacht an der Erschiessung eines Stahlhelmers beteiligt zu sein, der bei einer Festlichkeit in Schwaberow getötet wurde.

SPD. "Der Abgesandte Gottes", wie er sich während des Präsidentenwahlkampfes in der Nazipresse feiern liess, der Oberosaf und Dalai Lama der Braunen Häuser hat folgende Verfügung erlassen:

1. Ich übernehme bis auf weiteres vom heutigen Tage an die Leitung der politischen Organisation selbst.
2. Ich ernenne zu meinem Stabsleiter für die politische Organisation

den bisherigen Reichsinspekteur II, Pg. Ley.

3. Am Mittwoch, dem 14. Dezember, gebe ich die neuen Richtlinien und Anordnungen entsprechend dem Aufruf vom 6. November 1932 zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung bekannt.

Berlin, den 9. Dezember 1932.

Adolf Hitler.

Wilhelm II. hat es nicht besser gekonnt. Wird Adolf besser enden?

SPD. Kiel, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Geheimnis um den verschwundenen SA-Mann und Familienvater Rohweder aus Rendsburg ist immer noch nicht gelüftet.

In der Nacht vom 31. Juli war Rohweder als Handgranatenwerfer bei einem Nazi-Attentat in Rendsburg bestimmt. Rohweder warf auftragsgemäss den Sprengkörper aus einem Auto. Die Handgranate explodierte aber nicht. Rohweder sprang aus dem Wagen und raffte sie wieder auf. In seinen Händen explodierte sie und zerfleischte ihn. Der vor Schmerz brüllende Rohweder wurde von den mitfahrenden Nazis ins Auto geschafft, zu einem Nazi-Arzt gebracht und verbunden. Seit dieser Zeit ist Rohweder verschwunden. Seiner Frau wurde erzählt, ihr Mann sei im Flugzeug über die Grenze geschafft worden. Seitdem hat die Frau von ihrem Mann nichts wieder gehört. In den ersten Wochen erhielt Frau Rohweder und ihre drei Kinder von den Nazis Unterstützungen. Jetzt ist sie auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Freunde der Familie erklären, dass Rohweder seinen Verletzungen erlegen sei und die Nazis in dem Prozess, der sich kürzlich mit dem Vorfall beschäftigte, den Tod nur deshalb verheimlicht hätten, um einer schwereren Bestrafung aus dem Wege zu gehen.

SPD. Unter den vielen von dem Oberosaf angeordneten Treugelöbnissen befindet sich auch die der Nazifraktion des preussischen Landtages. Sie lautet:

"Der Vorstand der nationalsozialistischen Landtagsfraktion in Preussen gibt bekannt, dass er nach wie vor unverbrüchlich treu zu Hitler und zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei steht. Dasselbe gilt für alle 162 Abgeordneten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Preussischen Landtag. Gerade angesichts der Zersetzungsbestrebungen des Judentums und der Reaktion ist diese Stellungnahme der preussischen Landtagsfraktion eine unbedingte Selbstverständlichkeit.

gez. Wilhelm Kube, gez. Hinrich Lohse, gez. Heinz Haake."

Wie lange wird es dauern, und der brave SA-Mann erfährt, dass die Strasser und Feder nur die von den Weisen von Zion in die Nazipartei entsandten Juden waren und deshalb der Krach im Nazilager nur eine jüdische Erfindung. An Phrasen und Verdummungspulver waren die braunen Helden nie arm.

SPD. Dortmund, 10. Dezember (Eig. Dr.)

Wegen dringenden Verdachts der Vorbereitung illegaler Massnahmen wurde auf Anordnung des Dortmunder Polizeipräsidenten der 14. Bezirksparteitag der KPD-Ruhrgebiet, der am Sonnabend den 10. Dezember in Dortmund eröffnet worden war, aufgelöst und verboten. Die Delegierten wurden namentlich festgestellt. Das schriftliche Material wurde beschlagnahmt.

SPD. Die Wahl eines neuen preussischen Ministerpräsidenten, über die Zentrum und Nationalsozialisten in letzter Zeit eifrig gekuhandelt haben, wird nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge frühestens im Januar erfolgen. Die Verhandlungen sind vorläufig unterbrochen worden.

Die Nazi-Fraktion und die Zentrumsfraktion im preussischen Landtag waren an sich entschlossen, die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten in der bevorstehenden Tagung des Landtags vorzunehmen. Gewählt werden sollte der von den Nationalsozialisten offiziell vorgeschlagene Reichstagspräsident Göring. Allerdings nicht unter den Voraussetzungen, die bisher von der Reichsregierung an die Aufhebung des Reichskommissariats geknüpft wurden. Vielmehr wünschten Nazis und Zentrum in Preussen die Wahl ohne vorherige Konzession an die Reichsregierung. Der Plan war, eine Regierung Göring als "Kampfkabinett" in Erscheinung treten zu lassen. Gegen diese Absicht hat der Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums und der Reichsparteivorstand des Zentrums protestiert. Aus der Sorge heraus, dass mit der Wahl Görings der Preussenkonflikt nicht behoben sondern verschärft werde, wurde die preussische Zentrumsfraktion dringend ersucht, die Wahl eines Ministerpräsidenten zu vertagen.

Aus diesem Grunde findet die Wahl eines neuen preussischen Ministerpräsidenten zunächst nicht statt. So beschlossen mit Rücksicht auf Schleicher und Bracht!

SPD. Paris, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Finanz- und der Auswärtige Ausschuss der Kammer haben am Sonnabend nachmittag mit 26 gegen 4 bzw. mit 20 gegen 6 Stimmen einen von dem Sozialisten Vincent-Auriol und dem Radikalen Bergery ausgearbeiteten Entschliessungsentwurf in der Schuldenfrage angenommen, der vorher von der aus Mitgliedern der beiden Ausschüsse gebildeten Unterkommission einstimmig gebilligt worden war.

Dieser Entwurf, der als Diskussionsgrundlage für die öffentliche Kammerdebatte am Montag dienen wird, enthält eine Präambel, in der auf die grosse Bedeutung der Einberufung einer internationalen Konferenz hingewiesen wird, die der wirtschaftlichen Unordnung in der Welt ein Ende machen soll, indem sie die Wiederholung der Folgen verhindert, die Geldüberweisungen ohne Gegenleistungen in Form von Arbeit oder Waren hervorgerufen haben. Weiter heisst es in dem Entwurf, dass Frankreich den Wunsch habe, die von ihm unterzeichneten Verträge zu erfüllen und dass es an seiner traditionellen Doktrin von der friedlichen Regelung der Konflikte auf dem Wege der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit festhalten wolle. Schliesslich wird noch gesagt, dass Frankreich die am 15. Dezember fällige Zahlung nur leisten könne, wenn Amerika vorher das Prinzip der in der Einleitung erwähnten internationalen Konferenz annehme.

SPD. Strasser ist die Treppe hinuntergeworfen worden. Statt dessen fiel ein anderer die Treppe herauf: Dr. Robert Ley. Hitler hat ihn zum "politischen Stabsleiter" ernannt.

Es ist derselbe Sauf- und Raufbold Ley, der in Köln mit einer Nazihorde den sozialdemokratischen Führer Otto Wels und den Polizeipräsidenten Bauknecht überfiel. Es ist derselbe Ley, der von der Nazi-Partei aus Köln entfernt werden musste und gegen die Nazi-Opposition die schwersten Beschuldigungen erhoben hat. Durch Ley will Hitler "die Schlagkraft" der Bewegung wiederherstellen. Er konnte keinen Würdigeren und Geeigneteren finden, als

diesen Ley, der wegen des Ueberfalls auf Otto Wels zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Die "Kölnische Zeitung" erinnert daran, dass dieser Ley auch als Redner ebenso blutrünstig ist, wie als Schläger, und sie zitiert eine seiner Redeb Blüten aus der Zeit, als die Nazis noch mit Papen und den feinen Leuten Duzbrüderschaft hatten. Damals bedauerte er, dass der Reichskanzler nicht noch schärfer gegen die preussische Regierung vorgegangen sei und rief aus: "Herr Reichskanzler, wir verlangen, dass der Jude Abegg standrechtlich erschossen wird!"

Ley anstelle von Strasser -das ist der Weg der NSDAP: von einem gewissen Format zur Gosse.

SPD. Lübeck, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)
Der bisherige Erste Bürgermeister der Stadt Lübeck, der Sozialdemokrat Löwigt, ist am Sonnabend wiedergewählt worden. Seine bisherige Tätigkeit konnte keine bessere Anerkennung finden, als durch diese Wiederwahl. Sie erfolgte trotz veränderter Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft.

SPD. Der Reichspräsident empfing am Sonnabend das neu gewählte Präsidium des Reichstags, Reichstagspräsident Göring und die Vizepräsidenten Esser und Löbe. Der zweite Vizepräsident Rauch konnte wegen Erkrankung an dem Empfang nicht teilnehmen.

SPD. Paris, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)
In Dünkirchen sind die Dockarbeiter am Sonnabend in den Streik getreten, weil ihnen eine Lohnkürzung von 2 Francs täglich (35 Pfennige) auferlegt werden sollte. Die Lohnkürzung wird gemäss dem Tarifvertrage mit der Verringerung des in diesen Tagen festgestellten Index für die Lebenshaltungskosten begründet. Die Arbeiterorganisationen bestreiten jedoch die Richtigkeit des amtlichen Index. Aus dem gleichen Grunde streiken bereits seit einigen Tagen die Dockarbeiter von Le Havre.

SPD. Mit der Leitung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist an Stelle von Dr. Syrup, der zum Reichsarbeitsminister ernannt wurde, der Präsident des Landesarbeitsamts Südwest, Källin, kommissarisch beauftragt worden. -

Die freilorganisierte Arbeiterschaft steht Herrn Källin einstweilen mit grosser Reserve gegenüber. Hoffentlich gelingt es ihm, sich wenigstens in die bisher von Dr. Syrup eingehaltene Linie eines loyalen Ausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hineinzufinden. Bis jetzt hat Källin es nicht verstanden, mit der Arbeitnehmerschaft in Fühlung zu kommen.

Im übrigen haben wir jetzt den sicherlich nicht glücklichen Zustand, dass in der Leitung der Reichsanstalt Preussen, das grösste deutsche Land, nicht vertreten ist.

Aus aller Welt

Arbeitslager der Freiheit.

Gegen Feldwebelton und Soldatenspielererei - Erziehung und produktive Arbeit -
Erwerbslose Jugend in Not.

SPD. Amtlich wurden im Juli 1932 nach den Feststellungen der Arbeitsämter zirka 1 Million männlicher und 400 000 weibliche Arbeitslose unter 25 Jahren gezählt. In Wirklichkeit werden die Ziffern noch höher sein, da hierbei nur die gemeldeten Arbeitssuchenden erfasst sind. Nach den Schätzungen der Gewerkschaften erhalten von diesen über 1,5 Millionen jugendlichen Erwerbslosen höchstens rund die Hälfte irgend eine Unterstützung. Die Uebri-
gen sind auf die Gnade ihrer Eltern oder Verwandten angewiesen. Noch schlim-
mer aber ist das Los der Jugendlichen, die keinerlei Anhalt haben und von
der niedrigen Wohlfahrts- oder Krisenunterstützung unmöglich sich kleiden,
sich ernähren und wohnen können. Aus diesen Kreisen sind daher viel nach
drei oder vier Jahren Arbeitslosigkeit zum letzten Unterschlupf geflüchtet:
in den Freiwilligen Arbeitsdienst.

Niemand kann heute noch diese Einrichtung an sich bekämpfen, hat es
sich doch gezeigt, dass selbst kommunistische Jugendliche über die Parole
ihrer Parteiführer hinweg in die Arbeitslager gezogen sind. Worauf Partei,
Gewerkschaften und Reichsbanner jetzt entscheidenden Wert legen ist die
Ueberwachung der Weiterentwicklung und des sozialen Ausbaus des Arbeits-
dienstes. Besonders gilt es zu beobachten, von wem die Lager eingerichtet
und in welchem Geist sie geführt werden. Ferner dürfen keine Arbeiten im
Freiwilligen Arbeitsdienst verrichtet werden, die dem freien Arbeitsmarkt
Konkurrenz machen.

Die Organisation.

200 000 Jugendliche waren im Sommer dieses Jahres im Freiwilligen Ar-
beitsdienst beschäftigt. Da im Winter durch die klimatischen Verhältnisse
zahlreiche Arbeiten eingestellt werden müssen, bleiben gerade für die schlimm-
sten Notmonate nur noch etwa 100 000 Arbeitsdienstwillige in geschlossenen
Lagern übrig. Die Durchführung solch fester Arbeitslager, wo die Jugendli-
chen voll verpflegt werden und Schlaf- und Aufenthaltsräume haben, erfolgt
durch die einzelnen Verbände, so durch den Sozialen Dienst und das Reichs-
banner. Es ist selbstverständlich, dass die Ausgestaltung der Arbeitslager
in stärkstem Masse davon ab- von welchen Kreisen sie organisiert wer-
den. Dass Stahlhelm und Nazis das verfügbare Geld lieber für Soldatenspie-
lereien, als für gute Verpflegung, Kleidung und Unterkunft ausgeben, ist ei-
ne erwiesene Tatsache. Da zudem die Kameradschaft in den Arbeitslagern der
Reaktion so aufgefasst wird, dass die "Herren Führer" nur zu befehlen haben
und die Arbeitswilligen parieren müssen, laufen die enttäuschten Jugendli-
chen in grossen Scharen davon und melden sich zum Teil bei den Linksverbän-
den, wo man auf Strammstehen und Kommiss allerdings erheblich weniger Wert
legt.

Die Auswahl der Führer kann überhaupt nicht ernst genug aufgefasst wer-
den.

Finanziell stehen pro Mann und Tag für die geschlossenen Arbeitslager
zwei Mark zur Verfügung. Davon geht in der Regel eine Mark für die Verpfle-
gung ab, 30 Pfennige erhält der Arbeitswillige als höchstzulässige Entschädi-

gung und der Rest dient für die allgemeinen Unkosten. Die Höchstdauer für ein Arbeitslager beträgt 20 Wochen, nur bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten kann sie auf 40 Wochen erhöht werden. Eigentlich ist nur in der längeren Zeitperiode eine wirkliche Einflussnahme auf die Jugendlichen möglich, denen es im übrigen freigestellt ist, jederzeit das Lager zu verlassen, ohne dass ihnen dadurch in der Unterstützung ein Schaden entsteht. Darin liegt ja gerade die Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes begründet.

Mit Hacke und Schaufel.

Der Alltag des Arbeitsdienstes beginnt um 6 Uhr mit dem Wecken. Dann folgt eine Viertelstunde Gymnastik. Um 7.15 Uhr fängt die eigentliche Arbeit an. Sie dauert in der Regel sechs Stunden. Am Nachmittag wird nach einer kurzen Betruhe gemeinschaftlicher Unterricht in volkswirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Fächern erteilt. Ferner finden sportliche Wettkämpfe statt. Nach dem Abendessen hat Jeder eigene Freizeit, allerdings muss um 10 Uhr wieder alles im Lager sein.

Wegeverbesserungen, Kanalisierungen, Bau von Sportplätzen und Jugendherbergen - alles das gehört zum Programm der Arbeitslager. Die fachmännischen Arbeiten sollen dem freien Arbeitsmarkt offen bleiben. Im übrigen sollen nur solche Projekte in Angriff genommen werden, die mit den Kräften des normalen Arbeitsmarktes nicht durchgeführt werden würden.

In den Arbeitslagern der Linksverbände steht der positiv-erzieherische Einfluss auf die Jugendlichen im Vordergrund der mit jenen Arbeitslagern verbundenen Bestrebungen. Junge, durch die Not der Zeit aus jedem geregelten Dasein herausgerissene Menschen sollen hier wieder einen seelischen Rückhalt bekommen. Die tötende Leere ihrer Existenz soll mit einer Beschäftigung ausgefüllt werden, die, durch geistige Anregung ergänzt, Freude schafft und einem zerknickten Leben wieder einen Sinn gibt. Man muss sehen, mit welcher Freude die jungen Menschen Schaufel und Hacke schwingen, um zu erkennen, dass der gewählte Weg nicht falsch ist.

K.M.

+ + +
Ehrung. Der sehr umstrittene Philosoph und Psychologe Ludwig Klages, der am 10. Dezember seinen sechzigsten Geburtstag feierte, erhielt vom Reichspräsidenten "in Anerkennung seiner Verdienste um die deutsche Wissenschaft" die Goethe-Medaille. Die sehr zum Mythischen neigende, oft betont geistfeindliche Haltung des Gelehrten schuf ihm vor allem eine grosse Gefolgschaft im Lager des Nationalismus.

+ + +
Brandkatastrophe. Das Kurparkhotel in Bad Ahlbeck und das angrenzende Strandkino wurden durch Grossfeuer eingeäschert. Die Brandursache ist unbekannt.

+ + +
Drei Kinder ermordet. Die aus Essen stammende Ehefrau Margarethe Konziya hat im Rhein-Hernekanal in der Nähe der Essener Nordsternbrücke ihre drei Kinder ertränkt. Die Mörderin stellte sich der Kriminalpolizei in Gladbeck. Als Motiv der Tat gab sie zerrüttete Eheverhältnisse an.

+ + +
Der ewige Krieg. Im Laufe des Monats November sind auf den früheren Schlachtfeldern in Nordfrankreich 241 Soldatenleichen gefunden worden, darunter 156 Leichname von deutschen Soldaten.

+ + +
Drei Todesurteile. Das Schwurgericht Torgau verurteilte den 21jährigen Schmiedegesellen Berndt und den 24jährigen Arbeiter Pietzschke wegen Ermordung des 28jährigen Arbeiters Otto Thieme zum Tode. Wegen Anstiftung dieses Verbrechens wurde gegen die Mutter des Ermordeten gleichfalls ein Todesurteil gefällt. Die 18jährige Schwester Otto Thiemes wurde wegen versuchter Mordan-

stiftung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Es war zwischen der verurteilten Frau Thieme und ihrem Sohn häufig zu Auseinandersetzungen gekommen. Als Berndt und Metzschke fürchteten, von dem jungen Thieme wegen einiger Diebstähle angezeigt zu werden, trafen sie sich mit der Mutter in dem Wunsch, Otto Thieme "um die Ecke zu bringen". Sie luden eines Tages ihr Opfer zu einer Angelpartie ein. Unterwegs erschossen sie Otto Thieme. Dann warfen sie den Leichnam in einen Teich.

Grausiger Flammentod. In Mittelkirchen, einem kleinen Dorf in der Nähe von Hamburg, wurde das 20 Jahre alte Dienstmädchen Annemarie D., aus Stade unter der Beschuldigung des Mordes und der Brandstiftung verhaftet. Das junge Mädchen hat den Hof seines Arbeitgebers angezündet und eingeäschert. Es war bei seiner Tat von der Absicht geleitet, den 58jährigen Geisteskranken Heinrich Schliker, der auf dem Hof lebte und gepflegt wurde, in den Flammen umkommen zu lassen. Das Mädchen hatte "Erfolg": Man fand die Leiche des Schwachsinnigen unter den verkohlten Trümmern. Ausserdem ist zahlreiches Vieh in den Flammen umgekommen.

Die Täterin, die sich während des Verhörs über die Brandursache durch eine merkwürdige Ruhe und Zurückhaltung bis zur eindeutigen Belastung verdächtig gemacht hatte, erklärte das Motiv ihrer Tat mit folgenden Worten: "Ich habe das Feuer angelegt, weil ich den Verrückten nicht leiden konnte. Ich musste ihn immer bedienen. Ich konnte ihn schon nicht mehr sehen. Da passte ich auf, wie er in die Scheune ging, habe dann zugemacht und das Heu angezündet."

Studienreise Dr. Eckeners. Ende Dezember wird Dr. Eckener eine Studienreise nach Niederländisch-Indien antreten. Die Reise dient der Vorbereitung der geplanten Luftschiff-Verbindung zwischen Holland und Niederländisch-Indien.

Verworfenne Revision. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts verwarf als "offensichtlich unbegründet" die Revision des Berliner Rechtsanwalts und Notars Dr. Franz Lange, der im Zusammenhang mit der Uralzeff-Affäre vom Schwurgericht Dresden am 7. Juli dieses Jahres wegen doppelten Meineides zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Die Todesleitung. Auf einer Bochumer Zeche kam ein Bergschüler der elektrischen Leitung zu nahe; er wurde auf der Stelle getötet.

Salzsäureattentäter. In einem Hause in Berlin-Moabit hat der 39jährige Schlosser Friedrich Jacob auf die 60jährige Witwe Gubbe und deren Ekelin, die 16jährige Ursula Lange, ein Salzsäureattentat verübt. Jacob hatte allem Anschein nach Raubabsichten, war aber vorzeitig überrascht worden. Er wurde festgenommen; es gelang ihm jedoch, aus einem Vernehmungszimmer des Berliner Polizeipräsidiums zu entfliehen. Am Sonnabend Abend konnte er wieder in Berlin-Charlottenburg von Beamten des Raubdezernats ermittelt und verhaftet werden. Sein entsetzliches Attentat wird vermutlich die junge Ursula Lange das Augenlicht kosten.

Explosionskatastrophe. In der Hirschbrauerei Ottobeuren bei Meiningen kam es zu einer Explosion. Ein Küfermeister wurde tödlich, ein Braumeister lebensgefährlich verletzt.



Mietensenkungsprogramm der SPD.

Zinsbeihilfen für Kleinwohnungen, - Anpassung der Neubaumieten an die Altbau-
mieten und Senkung der Altmieten. - Vollstreckungsschutz für Mieter und Klein-
eigenheime. - Unrecht der Steuerscheine.

SPD. Die Dinge auf dem Wohnungsmarkt treiben einer Katastrophe ent-
gegen. Die Einkommen sind in den meisten Fällen um mehr als die Hälfte ge-
fallen, liegen weit unter Friedensstand. Dagegen müssen weit höhere Mieten
als vor dem Krieg gezahlt werden. Immer unerträglicher wird die Notlage der
Mieter und immer empörender die Untätigkeit der Regierung in der Frage der
Mietensenkung. Wenn der Mieter hört, dass die Regierung hunderte von Milli-
onen Mark, Zuschüsse, Geschenke, Subventionen usw., an die Landwirtschaft,
an die Industrie, die Banken, den Hausbesitz usw. herauswirft, muss ihm, der
dem grössten Elend preisgegeben ist, der unter Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit
und Lohnabbau ächzt, das Blut zu Kopfe steigen.

Schon bei dem Erlass der Dezembernotverordnung hat die Sozialdemokra-
tie den Standpunkt vertreten, dass die damals verordnete Mietensenkung un-
zulänglich ist, insbesondere für Neubauwohnungen. Auf Grund dieser Erkennt-
nis forderte die Sozialdemokratie grosszügige Abhilfsmassnahmen, die sich
schon im vorigen Reichstag zu einem Mietensenkungsprogramm verdichteten.
Dieses Programm ist in der Zwischenzeit ergänzt und dem neuen Reichstag zu-
geleitet worden.

Nach dem sozialdemokratischen Mietensenkungsprogramm sollen in allen
Neubaumieten die Mieten der Kleinwohnungen (bis 70 qm, bei Kinderreichen
100 qm), soweit sie in starkem Missverhältnis zu den Mieten für Altwohnungen
stehen, durch Zinsbeihilfen gesenkt werden. Die Beihilfen sind so gedacht,
dass die Hypothekenzinsen, die die Hausbesitzer zu tragen haben, im allgemei-
nen um 2 % gesenkt werden, wofür das Reich die Mittel aus der Wiedererhöhung
der Industrieumlage (von 100 auf 200 Millionen Mark) bereitzustellen hat.
Selbstverständlich muss diese Zinsentlastung voll und ganz den Mietern zugun-
ste kommen. Ausserdem sollen durch direkte Beihilfen, durch Aussetzung der
Verzinsung und Tilgung der Hauszinssteuer, durch Ermässigung der Grundsteuer
und ähnliche Hilfsmassnahmen die Mieten in den erwähnten Neubauwohnungen wei-
ter herabgedrückt werden. Für diese Zwecke sollen - ausser den 100 Millionen
für Zinsbeihilfen - 150 Millionen aufgewendet werden, die aus den von der So-
zialdemokratie geforderten Notsteuern des Besitzes zu entnehmen sind.

Bei den Altwohnungen wird darauf hingewiesen, dass auch die Altmieten
für den Arbeiter und Angestellten unerschwinglich sind, wenn er seine Ar-
beitsstelle verliert oder von Kurzarbeit betroffen wird. Selbst wo man in
solchen Fällen auf Mietbeihilfen rechnen kann, sind diese alles andere als
ausreichend. Deshalb verlangt das sozialdemokratische Programm, dass über die
bereits gezahlten Mietbeihilfen hinaus weitere Mietbeihilfen an hilfsbedürf-
tige Mieter in Höhe von 250 Millionen gewährt werden, die ebenfalls aus den
Notsteuern gedeckt werden können.

Noch ein weiteres Unrecht ist an den Mietern gutzumachen. Die Papen-
sche Notverordnung vom 4. September warf den Besitzenden 1½ Milliarden Steuer-

geschenke in den Sch. ss. Lag darin schon schwerstes Unrecht angesichts der Steuererhöhungen für die arbeitende Bevölkerung, so erreichte diese Ungerechtigkeit ihren Gipfel bei den Miethausbesitzern. Ihnen wurde für 40 % der Grundsteuer Steuernachlass in Form von Steuergutscheinen gewährt, obwohl die Grundsteuer gar nicht von ihnen, sondern - bei den Neubauwohnungen ganz, bei den Althäusern zum grössten Teil - von den Mietern getragen wird. Die Sozialdemokratie verlangt, dass mit dem Unfug der Steuergutscheine überhaupt Schluss gemacht wird. Sollte aber diese Forderung abgelehnt werden - und bei der Grösszügigkeit, mit der die Nazis in die Tolerierungsfront gegenüber Schleicher eingeschwenkt sind und mit der sie bereits der Verschleppung der sozialdemokratischen Anträge über die Aufhebung der Notverordnung zugestimmt haben, ist das stark zu befürchten - dann muss verlangt werden, dass der Gegenwert der Steuergutscheine auf die Grundsteuer, soweit sie von den Mietern getragen wird, diesen von den Hausbesitzern in Form entsprechender Mietensenkungen zugeleitet wird. Auch diese Forderung wird in einem sozialdemokratischen Antrag erhoben.

Werden die sozialdemokratischen Anträge angenommen, dann erfolgt die Angleichung der Neubaumieten an die Altbaumieten; darüber hinaus könnten, abgesehen von den wesentlichen Entlastungen für hilfsbedürftige Mieter, die Altbaumieten ganz allgemein gesenkt werden. Wichtig ist auch die andere sozialdemokratische Forderung, die den Mieter davor schützen soll, vom Hauswirt ohne weiteres auf die Strasse geworfen zu werden, wenn er die Miete beim besten Willen nicht aufbringen kann. Hier wird gegenwärtig in Deutschland ganz unterschieden mit zweierlei Mass gemessen. Die Landwirtschaft hat es verstanden, durch ihr fortdauerndes Geschrei über ihre Notlage einen lückenlosen Vollstreckungsschutz durchzusetzen. Den mindestens ebenso notleidenden Mietern ist aber bisher jeglicher Vollstreckungsschutz d.h. jeglicher Schutz gegen Exmissionen versagt worden. Auch in diesem Punkt fordert der sozialdemokratische Antrag Abhilfe in allen Fällen unverschuldeter Notlage und zwar sowohl für Mieter wie für Besitzer kleiner Eigenheime. Ueberhaupt gelten die sozialdemokratischen Anträge auf Entlastung der Mieter sinngemäss auf die Besitzer kleiner Eigenheime, Parzellen, Lauben usw.

Die Sozialdemokratie wird sich mit aller Energie dafür einsetzen, dass ihre Forderungen verwirklicht werden. Bisher hat sich im Reichstag zwar merkwürdig wenig Interesse für die verzweifelte Notlage der Mieter gezeigt. Ausser den Kommunisten, die sich wieder einmal an phantastischen und völlig un-durchführbaren Anträgen berauschen, hat keine einzige Partei es für notwendig befunden, sich an dieses schwere Problem heranzuwagen. Wir geben uns daher keinen Illusionen über die Mieterfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien einschliesslich der Nazis hin. Trotzdem kann man sich schwer vorstellen, dass die Interessenlosigkeit dieser Parteien und ihr Mangel an sozialem Sinn so weit gehen sollte, dass sie die sozialdemokratischen Anträge zu Fall bringen. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls in ihrem Kampf um die Rettung der proletarischen Mieter nichts unterlassen und nicht erlahmen.

SPD. Das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom schätzt die Weltweizenernte für 1932 auf 999 Millionen Zentner. Die Ernte 1932 ist damit gerade so gross wie die Vorjahrsernte; jedoch ergeben sich bei den einzelnen Ernteländern gegenüber dem Vorjahr einschneidende Verschiebungen. So konnte Europa seine Weizenernte von 390 Millionen Zentner im Jahre 1931 auf 412 Millionen Zentner im Jahre 1932 steigern. Für Nordamerika liegt ein Rückgang - schlechtere Winterweizenernte in den Vereinigten Staaten - von 336 auf 313 Millionen Zentner vor. Die Erträge in Asien, Südamerika und in Ozeanien weisen gegenüber dem Vorjahr nur geringfügige Aenderungen auf. In den Zahlen

sind die Erträge der Türkei, Chinas und Russlands nicht enthalten.

Die Roggenernte wird mit 251 Millionen Zentner angegeben, wovon 238 Millionen Zentner auf Europa und 13 Millionen Zentner auf Nordamerika entfallen. Im Vorjahr stellte sich die nordamerikanische Ernte auf 10 Millionen Zentner und die europäische auf 195 Millionen.

Die Gesamtgerstenernte beträgt 298 Millionen Zentner gegen 248 Millionen Zentner, die Haferernte 491 Millionen Zentner gegen 437 Millionen.

SPD. Auf den Kupfermärkten scheint sich ein neuer Preisrutsch vollziehen zu wollen, der auf die Wirtschaftsbelebung in der ganzen Welt nur ungünstig wirken kann.

Die Ursache der neuen Preisbewegung ist das Scheitern der internationalen Kupferkonferenz. Diese Konferenz hatte die Aufgabe, die Kupferproduktion, die bereits im Vorjahre um 20 % vermindert worden war, weiter zu drosseln. Es hat sich gezeigt, dass die im Vorjahr verfügte Drosselung nicht genügte, um die Weltvorräte, die gegenwärtig mit etwas unter 800 000 Tonnen angegeben werden, wesentlich zu verringern. Gegen die beabsichtigte stärkere Drosselung wehrten sich die nordafrikanischen Kupfergruben, vor allem die unter englischem Einfluss stehende Haut Katagna-Gesellschaft und die Roan Antelope, die zum rhodesischen Bergwerksdistrikt gehört und ihre Produktion vor allem nach England absetzt. Die Roan Antelope soll eine Steigerung ihrer Produktion um fast 100 % auf 41 000 Tonnen pro Jahr verlangt haben. Daran soll die Konferenz gescheitert sein.

In Wirklichkeit geht das Scheitern der Konferenz auf den englisch-nordamerikanischen Gegensatz in der Kupferwirtschaft zurück. Während das unter amerikanischem Einfluss stehende Kupferkartell eine wahnwitzige Preispolitik machte und die Kupfermärkte ruinierte, hat England, das früher den Kupfermarkt fast souverän beherrschte, Schritt für Schritt seine Kupferposition in Nordafrika (Kongokolonie und Rhodesien) ausgebaut. Als das Kupferkartell vor einigen Monaten zerfiel, war die englische Kupferposition so stark, dass England den Kampf gegen Nordamerika wagen konnte. Heute haben sich die Dinge so zugespitzt, dass England den Abbau des nordamerikanischen Kupferzolles verlangt und im Falle einer nordamerikanischen Weigerung damit droht, eine grosse Kupferraffinerie mit einer Leistungsfähigkeit von 200 000 Tonnen pro Jahr in der Nähe von Liverpool zu errichten. Als Lieferant für diese Liverpoolsche Raffinerie kommt in erster Linie die Roan Antelope in Frage.

Das Rumpfkupferkartell, also die Nordamerikaner, hat am Sonnabend den Kupferpreis auf 5 Cents heruntersetzt. Der höchste im Jahre 1932 erreichte Kupferpreis betrug 7,50 Cents. Im Dezember 1931 wurden für Kupfer 6,50 Cents bezahlt. Für Deutschland bedeutet die neue Notierung ein Kupferpreis pro 100 Kilogramm von etwa 48 Mark gegen 71 Mark während der besten Zeit im laufenden Jahr und 65 Mark im Dezember 1931.

SPD. Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs A.G. wird schon in absehbarer Zeit in der Lage sein, den Baumarkt durch Abgabe von Hypotheken mehr als im letzten Jahr zu unterstützen. Das Geschäft bei der Volksfürsorge, das seit Mitte Sommer 1932 eine erhebliche Steigerung aufweist, hat sich auch im November befriedigend entwickelt. Wie wichtig die Tätigkeit der Volksfürsorge für die Ankurbelung des Baumarktes ist, geht wohl am besten daraus hervor, dass ihr Vermögen im Oktober schon 190 Millionen Mark betrug. Diese Summen sind in hohem Masse für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau usw. angelegt.

Das Reich zahlt.

(Berliner Getreidebörse vom 10. Dez.)

SPD. Die Stützungsstellen haben am Sonnabend die Preise weiter hochgetrieben. Die Weizennotierungen gewannen am Lieferungsmarkt bis $1\frac{1}{4}$ Mark, die Roggennotierungen bis $1\frac{1}{2}$ Mark. Am Promptmarkt erzielten die Stützungsstellen eine Steigerung für beide Brotgetreidearten um 1 Mark. Nach Feststellung der Notierungen war aber der Verkauf zu amtlich festgesetzten Preisen so gut wie unmöglich; auch die Stützungsstellen nahmen keine Ware mehr auf. Die ganze Stützungsaktion läuft also darauf hinaus, dass die Aufkäufer den Preis der Ware, die sie für Rechnung des Reiches aufnahmen, für sich allein verteuern. Das starke Angebot hatte sich auch am Sonnabend nicht vermindert und war ungefähr so umfangreich wie an den Vortagen. Die Warnung des Reichslandwirtschaftsministers, mit dem Angebot zurückzuhalten, ist also völlig verpufft.

Der Verlauf der Sonnabendbörse erinnert den Verbraucher an eine unangenehme Begleiterscheinung der gegenwärtigen Stützungsaktion: Infolge der amtlichen Preistreiberei haben die Mühlen ihre Forderungen für Mehl seit langer Zeit zum ersten Mal wieder erhöht. Der Mehlmarkt selbst lag völlig leblos.

	9.12.	10.12.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	189 - 191	190 - 192
Roggen	152 - 154	153 - 155
Braugerste	169 - 179	169 - 179
Futter- und Industrierogerste	160 - 167	160 - 167
Hafer	119 - 124	119 - 124
Weizenmehl	24,00 - 26,60	24,00 - 26,70
Roggenmehl	19,50 - 21,80	19,60 - 21,80
Weizenkleie	9,30 - 9,60	9,30 - 9,60
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dez. 206 (Vortag 205), März $209\frac{1}{2}$ - $209\frac{1}{2}$ ($208\frac{1}{2}$), Mai 213 - 213 ($211\frac{1}{2}$). Roggen Dezember $166\frac{1}{2}$ - $166\frac{1}{2}$ ($165\frac{1}{2}$), März $170\frac{1}{2}$ - $170\frac{1}{2}$ ($169\frac{1}{2}$), Mai 174 - 174 ($172\frac{1}{2}$). Hafer Dezember - ($130\frac{1}{2}$), März - ($131\frac{1}{2}$).

SPD. In jüngster Zeit mehren sich wieder die Klagen über das Vorgehen von Agenten, die das werktätige Volk mit allen möglichen Dingen u.a. auch mit den bekannten Versicherungszeitschriften beglücken wollen. So dürftig die mit den Heften gebotene Lektüre in der Regel ist, so ungenügend ist auch die damit verbundene Versicherung. Zahlreiche Personen unterzeichnen nur zu leichtfertig Bestellscheine, die, das soll hier besonders angeführt werden, zur Abnahme der Versicherungsblätter für ein ganzes Jahr verpflichten. Die Erfahrung hat gelehrt, dass diese Verpflichtung bei eintretender Zahlungsunfähigkeit, wie sie z.B. durch Erwerbslosigkeit hervorgerufen wird, zu Aerger und materiellen Nachteilen führen kann. Vor diesen unliebsamen Dingen schützt man sich am besten, indem man irgendwelche Unterschriften nur nach vorsichtiger Prüfung leistet. Die Arbeitersekretariate und die Gewerkschaftsbüros geben jederzeit bereitwilligst Auskunft, wie man sich in solche Fällen am besten verhält und sich bei eintretenden Schwierigkeiten vor Schaden bewahrt.

Gewerkschaftliche Bündschau

Der Winter und die Arbeitslosen.

Verbesserung der Unterstützung auf klarer Finanzierung!

SPD. Der Reichstag hat sich vertagt, ohne sofort durch handfeste Beschlüsse das Unrecht wieder gut zu machen, das die Papenregierung an den Opfern der Krise begangen hat. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihm Gelegenheit dazu gegeben. Sie hat zwei Hilfsmassnahmen für die Arbeitslosen beantragt: Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni, d.h. Rückgängigmachung des brutalen Abbaus der Sozialunterstützungen und Schaffung einer besonderen Winterhilfe für die Unterstützungs- und Rentenempfänger. Wohl hat der Reichstag den sozialpolitischen Teil der Septembernotverordnung und damit die Blankovollmacht der Reichsregierung zur Abänderung sozialpolitischer Gesetze aufgehoben, allein damit ist nur einer neuen Verschlechterung zunächst ein Riegel vorgeschoben. Die bereits bestehenden Verschlechterungen durch den Papenkurs sind noch nicht beseitigt.

Man rechnet natürlich damit, dass die Regierung von sich aus durch Verordnung nicht nur den Winterhilfeanträgen entgegenkommt, sondern auch das begangene Unrecht an den Unterstützungsempfängern wegräumt. In der Arbeitslosenfrage ist das rasch und durchgreifend zu machen, wenn die Regierung den Mut hat, nun endlich einmal im Sinne der Forderung der Gewerkschaften klare Verhältnisse in der Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung zu schaffen. Die Regierung will in der Finanzierung naturgemäss festen Boden unter den Füßen haben. Den soll sie haben. Wir wollen ihr einen Weg zeigen, den auch vorsichtige Politiker und nüchtern denkende Männer wie der neue Reichsarbeitsminister gehen können.

Was kann im Winter, d.h. vom Januar bis Ende April, für die Arbeitslosen geschehen? Wie kann die Unterstützung sowohl in der Arbeitslosenversicherung als auch in der Krisenfürsorge und in der Wohlfahrt verbessert werden?

In der Arbeitslosenversicherung haben wir zwei Quellen zur Finanzierung der Unterstützung. Die Reichsanstalt hat einen verwendbaren Ueberschuss von rund 100 Millionen Mark. Pro Monat gehen 80 bis 85 Millionen Beiträge ein. Das ergibt in vier Monaten 320 bis 340 Millionen Mark. Wir hätten danach also zusammen 420 bis 440 Millionen Mark. Erhöht man den Unterstützungssatz pro Kopf und pro Monat auf 55 Mark, dann ergibt sich eine Unterstützungsleistung von monatlich 220 Mark. Es können also 2 Millionen Arbeitslose von der Versicherung unterstützt werden. Zur Zeit haben wir in der Arbeitslosenversicherung noch nicht einmal $\frac{3}{4}$ Millionen Unterstützte.

Es bleibt nun noch die Frage der Unterstützung in der Krisenfürsorge und in der Wohlfahrt. Auch hier soll mit klaren Zahlengrössen gerechnet werden. Wie liegen die Dinge, wenn man Krisenunterstützung und Wohlfahrt zusammenlegt, d.h. wenn die von den Gewerkschaften geforderte Reichsarbeitslosenfürsorge geschaffen wird? Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe bringt pro Monat 40 Millionen, in vier Monaten also 160 Millionen. Das Reich hat 670 Millionen für die Unterstützung in der Wohlfahrt bereitgestellt. Davon sind

370 verbraucht; 300 Millionen sind noch übrig. Für die Gemeinden sind dann noch etatisiert 35 Millionen pro Monat; das macht für vier Monate 140 Millionen. Für eine Reichsarbeitslosenfürsorge stehen also zusammen 160 plus 300 plus 140, das sind zusammen 600 Millionen Mark zur Verfügung.

Geht man bei der Berechnung des Unterstützungsaufwerts davon aus, dass keine Hilfsbedürftigkeitsprüfung, sondern nur eine sozial erträgliche Bedürftigkeitsprüfung für die nicht mehr von der Versicherung erfassten Arbeitslosen in Betracht kommt, dann kann man von einem Unterstützungssatz pro Kopf und pro Monat in Höhe von 50 Mark - 5 Mark weniger als in der Versicherung - ausgehen. Das würde für vier Monate eine Ausgabe von 200 Mark bedeuten. Danach könnten also bei einem Unterstützungsfond von 600 Millionen Mark 3 Millionen Arbeitslose in einer Reichsarbeitslosenfürsorge unterstützt werden.

Wir wären also bei vorsichtigster Berechnung durchaus in der Lage, zu sammen fünf Millionen Arbeitslose zu unterstützen und zwar nach einheitlichen und gerechten Sätzen. Nach dem jüngsten Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 30. November in der Arbeitslosenversicherung 638 000, in der Krisenfürsorge 1 131 000 und in der Wohlfahrt 2 277 000. Es kann also die Gesamtunterstütztenzahl wesentlich erhöht und die Unterstützung wesentlich verbessert werden. Die Forderungen der Gewerkschaften auf Beseitigung des Notverordnungsunrechts vom Juni braucht von der Regierung nicht engherzig durchgeführt zu werden. Was die Gewerkschaften fordern, sind keine Unmöglichkeiten. Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung muss fallen, eine Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Versicherung bis zu 39 Wochen ist sehr wohl möglich, und ebenso ist die Verbesserung der Unterstützungssätze nichts Unmögliches.

Die Gemeinden werden, wenn der vorgeschlagene Weg beschritten wird, vom Druck der Wohlfahrtslast wesentlich entlastet. Sie können ihre Kräfte endlich für ihre eigentlichen kommunalpolitischen Aufgaben freimachen, die bisher unter dem Druck der Arbeitslosenfrage erstickten. Die Oberbürgermeister brauchen nicht mehr alle Augenblick in Berlin beim Finanzminister betteln. Die Gemeinden können, wenn sie durch eine Reichsarbeitslosenfürsorge entlastet werden, schon während des Winters, sich umso intensiver der Arbeitsbeschaffung widmen, d.h. an die Aufstellung konkreter, volkswirtschaftlich wertvoller, praktischer Arbeitsbeschaffungspläne herangehen, damit dann im Frühjahr endlich vom Arbeitsmarkt her eine Erleichterung der Unterstützungslast eintreten kann.

SPD. Tschechoslowakische Staatsangehörige, die nach dem 30. September 1932 ihren Anspruch auf versicherungsmässige Arbeitslosenunterstützung erschöpft haben oder erschöpfen, erhalten nunmehr die Krisenunterstützung unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Umfang wie deutsche Reichsangehörige,

Die Tschechoslowakische Republik leistet zu den Kosten der Fürsorge für tschechoslowakische Staatsangehörige im Deutschen Reich von Oktober an einen angemessenen Beitrag.

SPD. Rundfunkteilnehmer, die als Arbeitslose nach den bestehenden Bestimmungen von der Zahlung der Rundfunkgebühren befreit sind, und denen infolge kurzer Arbeitstätigkeit vorübergehend keine Unterstützung gezahlt wird, können nach einem Erlass des Reichspostministeriums während der Zeit,

in der ihnen die Unterstützung entzogen ist, die Rundfunkgebühren nicht erlassen werden. Zur Vermeidung von Härten kann aber den erwähnten Rundfunkteilnehmern nach Beendigung der Arbeitstätigkeit auf Antrag der Erlass der Rundfunkgebühren sogleich wieder zugestanden werden, wenn sie nachweisen, dass ihnen die Unterstützung, die infolge der Arbeitstätigkeit vorübergehend entzogen war, wieder gewährt wird.

Sankt Bürokratius als Wohltäter! Die Mehrkosten, die durch diese Anordnung entstehen, sind höchstwahrscheinlich grösser als der Betrag, der durch diese bürokratische Massnahme an Rundfunkgebühren vielleicht herausgeholt wird.

SPD. Der Zentralverband der Angestellten hat beim Preussischen Finanzministerium die Herausgabe einer Anweisung erwirkt (die im nächsten Preussischen Besoldungsblatt erscheint), dass die letzte Gehaltsrate für Beamte und Behördenangestellte im Monat Dezember 1932 bei direkter Barzahlung am 23. Dezember, bei Ueberweisung auf ein Konto bereits am 20. Dezember 1932 erfolgt.

SPD. Der Streik der Kraftdroschkenfahrer in Halle ist ein Verzweiflungskampf. Die Fahrer, die im Gesamtverband zu 75% organisiert sind, machen sich auf einen harten Kampf gefasst. Sie hatten aber keinen andern Ausweg als diesen Kampf. Bis zum 30. September erhielten sie noch einen Schichtlohn von 3,- Mark bis 3,20 Mark bei 12 Stunden und 10% der Einnahme. Den Arbeitgebern war das immer noch zu viel. Sie wollen nun noch weitere Verschlechterungen erzwingen. Die Ablehnung des Schiedsspruchs und der Streik wurden von den Arbeitnehmern mit grosser Mehrheit beschlossen.

Die Streikenden erwarten von allen Kraftfahrern im Reich, dass sie keinerlei Arbeitsangebote nach Halle annehmen!

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat dem Hansabund, der unter Hinweis auf die Aufhebung der Paranna die Wiederzulassung der gewerbsmässigen Stellenvermittlung forderte, geantwortet, dass zwar für die Vermittlung von Artisten die gewerbsmässige Vermittlung wieder erlaubt sei, eine Ausdehnung dieser Erlaubnis auch auf andere Berufe komme jedoch nicht in Frage.

SPD. Die Verhandlungen der Eisenbahnerorganisationen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft über einen Feierschichtentlass für den Monat Dezember, die am Sonnabend zu einem Abschluss kamen, waren von Erfolg begleitet. Die Hauptverwaltung wird auf eine weitere Feierschicht im Monat Dezember verzichten. Infolgedessen haben die von dem Feierschichtenabkommen betroffenen Arbeiter in diesem Monat im allgemeinen nur zwei Feierschichten abzuleisten.

Die bisherigen Feierschichtenabkommen für die Arbeiter der Reichsbahn-Ausbesserungswerke, Reichsbahnbetriebswerke und Güterabfertigungen bleiben für das erste Quartal 1933 in Kraft.
